



FRAKTION IM KREISTAG POTSDAM-MITTELMARK

Martin Köhler - Pressesprecher

Drosselweg 28, 14822 Borkheide fon: 033845 - 40782, E-Mail: martin.koehler@gruene.de

Borkheide, den 06.03.2008

Pressemitteilung – PM0801

Bündnisgrüne: Staat in die Pflicht nehmen – Frauenhäuser sichern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern zum diesjährigen Frauentag, die bedarfsgerechte Finanzierung von Hilfesystemen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder zur staatlichen Pflichtaufgabe zu machen.

Dazu erklären Astrid Rothe-Beinlich, Frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand und Claudia Günther, Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Potsdam-Mittelmark:

„Gewalt gegen Frauen ist für erschreckend viele Frauen und oft auch deren Kinder brutale alltägliche Realität. 37 % aller Frauen werden mindestens einmal im Leben Opfer von körperlicher Gewalt. Jede siebte Frau hat seit ihrem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt in strafrechtlich relevanter Form erleiden müssen, jede vierte Frau ist Gewalt durch ihren Partner ausgesetzt.

Diese erschreckenden Zahlen beweisen, dass Gewalt gegen Frauen uns alle an geht und die gesamte Gesellschaft verletzt. Wir sagen ganz deutlich: wer hier weiter schweigt macht sich mitschuldig – Gewalt gegen Frauen ist kein Kavaliersdelikt. Dafür gibt es keine Entschuldigung oder Rechtfertigung.

Umso wichtiger ist es, dass die Arbeit der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Frauennetzwerke, die oftmals die letzte und einzige Anlaufstelle für Betroffene sind, dauerhaft und jenseits von Haushaltsproblemen sichergestellt wird. Umso ärgerlicher ist es in diesem Zusammenhang, dass es nicht gelungen ist, das Frauenzentrum in Belzig langfristig zu sichern. Mangels Unterstützung musste es 2007 schließen.

Am Frauentag werben wir für den Erhalt und finanziellen Bestand der Frauenhäuser und Beratungsstellen. Der Staat muss in die Pflicht genommen werden.

Wir Bündnisgrüne fordern den Landrat und die Gleichstellungsbeauftragte auf, sich dafür einzusetzen, die Ausstattung, dieser für Frauen oft überlebenswichtigen Einrichtungen, als staatliche Pflichtaufgabe in der Landesverfassung gesetzlich zu verankern. Schutz vor Gewalt darf nicht abhängig sein von der Haushaltslage oder einer bestimmten Regierungskonstellation.“

Telefonische Rückfragen bitte an:

Claudia Günther

033205/44342 (privat)

0331/2015575 (dienstlich)

E-Mail:

claudia.guenther@wilhelmshorst.de